

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 23. Mai 2013

Antrags-Nr. 13-F-08-0044

"Stillstand im Gerichtsviertel beheben - Alternativen zur EBS fördern"
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 15.05.2013 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

- dass der jahrelange Leer- und Stillstand im ehemaligen Gerichtsviertel für die Landeshauptstadt Wiesbaden und insbesondere für das betroffene Quartier schädlich ist und schleunigst beendet werden muss,
- dass diese Situation vor allem durch die falsche Orientierung auf die EBS verursacht wurde,
- dass die im Erwartungs- und Vorhabenvertrag festgelegte Frist für die Einreichung eines Bauantrags seitens der EBS seit Monaten verstrichen ist,
- dass aufgrund der im Akteneinsichtsausschuss und durch Medienberichte gewonnenen Erkenntnisse bei einer weiteren Orientierung auf eine (Teil-)Nutzung durch die EBS zusätzlicher Schaden für die Stadt zu erwarten ist,
- dass die EBS, die jährliche Studiengebühren in fünfstelliger Euro-Höhe erhebt, keine Bildungseinrichtung ist, bei der ein chancengleicher Zugang gegeben ist,
- dass zur Errichtung und Sanierung öffentlicher Schulbauten in der Landeshauptstadt Wiesbaden dringend erhebliche Gelder benötigt werden,
- dass die Rathausmehrheit dafür zunehmend die Veräußerung städtischen Eigentums als Finanzierungsquelle betrachtet,
- dass durch den Verkauf der für das Stadtmuseum vorgesehenen Fläche an der Wilhelmstraße die Möglichkeit vergeben wurde, an dieser Stelle ein Stadtmuseum zu errichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert deshalb den Magistrat auf ein Planungskonzept zur Entwicklung des ehemaligen Gerichts-Areals und des Umfeldes zu erarbeiten. Hierbei ist insbesondere zu berücksichtigen:

1. Realisierung des Projektes Stadtmuseum mit Stadtarchiv
2. Schaffung einer Gedenkstätte am Hinrichtungsplatz des ehem. Gefängnisses
3. Errichtung einer Kindertagesstätte
4. Errichtung von Veranstaltungsräumlichkeiten
5. Errichtung von Wohnraum
6. Erhalt des denkmalschutzwürdigen „Beamtenhauses“
7. Integration Hochschule RheinMain
8. Nutzung durch städtische Ämter und Landesbehörden
9. Durchführung einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung

All diese Vorschläge sollten im Gesamtzusammenhang mit dem Gesamtbereich „Altes Gericht/Moritzstraße/Oranienstraße“ betrachtet werden.

Seite 2 des Beschlusses 0233 vom 23. Mai 2013

Die Stadtverordnetenversammlung sieht die Finanzierung dieser Vorschläge als gegeben an, da bekanntlich Mittel für die o. g. Vorschläge bzw. Vorhaben bereit stehen:

1. die Investitionsmittel für das Projekt Stadtmuseum
2. die der EBS zugesagten Mittel für die Sanierung der Gebäude
3. die der EBS zugesagten Mittel für Neubauten
4. die bereit gestellten Mittel für den Bau einer Anwohnergarage
5. die Mittel für die avisierte Finanzierung der Schaffung von Wohnraum in Wiesbaden.

Beschluss Nr. 0233

Der Antrag von Linke&Piraten vom 15.05.2013 betr.

„Stillstand im Gerichtsviertel beheben - Alternativen zur EBS prüfen“

wird abgelehnt.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2013

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .05.2013

Dezernat I und Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister